



## Kunststoffstrategie der EU vor der Finalisierung

*Stakeholder-Konferenz am 26. September diskutiert Anforderung an die EU-Kunststoffstrategie*

In ihrer Mitteilung „Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft“ vom 2. Dezember 2015 (KOM(2015) 614 final) hatte die Kommission die Erarbeitung einer Kunststoffstrategie für die EU angekündigt. In ihrem Arbeitsprogramm für 2017 ebenso wie im Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft vom 26. Januar 2017 (KOM(2017) 33 final) hatte die Kommission die Vorlage der Strategie für das Jahr 2017 angekündigt. Grundlegendes Anliegen der Strategie soll es sein, den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen für den Einsatz, die Wiederaufbereitung und Wiederverwendung von Kunststoffen in der EU zu setzen mit dem Ziel, die Belastung der Umwelt zu reduzieren und die Kunststoffherzeugung vom Einsatz fossiler Brennstoffe abzukoppeln.

Am 8. Juni 2017 hatte die Kommission zu einem ersten großen Stakeholder-Forum zur Ausarbeitung der Kunststoffstrategie eingeladen und dabei bereits angekündigt, dass die Strategie wohl gegen Ende des Jahres vorgelegt würde. Eine zweite größere Konferenz „Reinventing Plastics – Closing the Circle“ am 26. September 2017 bot eine zweite und abschließende Gelegenheit, wesentliche Anforderungen an die jetzt für Ende November 2017 erwartete Strategie zu formulieren.

### Ansatz der Europäischen Kommission

Die Kunststoffstrategie der Kommission wird von vier Mitgliedern des Kollegiums verantwortet werden. Die Teilnahme von gleich drei Mitgliedern der Kommission – dem Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans (Bessere Rechtsetzung, Institutionelles, Rechtstaatlichkeit, Grundrechtecharta), Kommissarin Elżbieta Bieńkowska (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) und Kommissar Karmenu Vella (Umwelt, Meerespolitik und Fischerei) – an der Konferenz unterstrich die Bedeutung, die die Kommission der Kunststoffstrategie beimisst; nur Vizepräsident Jyrki Katainen (Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit) blieb der Konferenz fern.

Der Erste Vizepräsident Timmermans unterstrich in seiner Auftaktrede, dass die Kommission die Herausforderungen mit Blick auf eine Ressourcen und die Umwelt schonenden Kunststoffwirtschaft in der EU weder im technologischen noch im finanziellen Bereich sieht, sondern im Setzen der richtigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Marktteilnehmer. Er betonte, die Kommission werde einen – so Timmermans wörtlich „post-paternalistischen“ Ansatz verfolgen, der auf eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten und Interessierte und nicht einseitig auf staatliche Regulierung setze.

In ihren jeweiligen Beiträgen hoben Kommissarin Bieńkowska und Kommissar Vella die wirtschaftlichen Aspekte der Strategie hervor. Aus Sicht von Kommissarin Bieńkowska komme es vor allem darauf an, die Verfügbarkeit von Ausgangsmaterial für eine auf Recycling beruhende Kunststoffwirtschaft zu verbessern und – durch entsprechende rechtliche Vorgaben und wirtschaftliche Anreize – einen Markt für Sekundärrohstoffe zu schaffen sowie die Nachhaltigkeit von Kunststoffen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, vor allem schon im Stadium des Produktdesigns, zu stärken. Kommissar Vella hob seinerseits hervor, dass die Kunststoffstrategie aus einem Mix aus legislativen, freiwilligen und auf finanzielle Anreize und Förderungen beruhenden Maßnahmen bestehen werde. Wichtige Vorgaben im Bereich der Gesetzgebung hat die Kommission dabei bereits durch ihre Vorschläge für eine Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie Ende 2015 auf den Weg gebracht. Kommissar Vella erneuerte auch explizit die Ankündigung von Kommissionspräsident Juncker aus seinem Schreiben an Parlamentspräsident Tajani und Ratspräsident Ratas vom 13. September, dass die Kunststoffstrategie das Ziel vorgeben werde, dass bis 2030 alle auf dem EU-Markt befindlichen Kunststoffverpackungen recycelt werden können.

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



## Umfassendes Vorgehen angemahnt

Auf der von Industrie- und Wirtschaftsvertretern dominierten Konferenz wurden zahlreiche einzelne Erwartungen bzw. Empfehlungen an eine umfassende EU-Kunststoffstrategie geäußert. Wichtige Themen waren u.a. die Nutzung steuerliche (wie reduzierte Mehrwertsteuersätze für Produkte aus Sekundärrohstoffen) und anderer finanzieller Instrumente (wie Abgabensysteme), Regeln für das öffentliche Auftragswesen (als wichtigem Hebel für die Schaffung funktionierender Sekundärrohstoffmärkte), die Festlegung von Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe, die finanzielle Förderung von Abfallwirtschafts- und Recyclinginfrastruktur und von Innovationen, die Einführung klarer Verbote (etwa für sog. „single-use-items“) oder die Steigerung der ökonomischen Attraktivität der Recyclingwirtschaft sowie der

Wettbewerbsfähigkeit  
Sekundärrohstoffen.

von

Ob die Kommission diese und andere Aspekte in ihrer Mitteilung aufgreifen wird, blieb offen; die Kommission äußerte sich zu keinem der genannten Aspekte.

## Weiteres Verfahren

Die Mitteilung der Kommission zu einer EU-Kunststoffstrategie wird nun für Ende November 2017 erwartet. Ein Vertreter der amtierenden estnischen Ratspräsidentschaft führte aus, dass eine erste politische Aussprache über die Mitteilung der Kommission bereits auf dem Umweltrat am 19. Dezember 2017 stattfinden soll. Gleichzeitig kündigte er an, dass der Vorsitz als eigene Initiative anstrebe, Schlussfolgerungen des Rats zu Öko-Innovationen billigen zu lassen, ebenfalls auf dem Umweltrat am 19. Dezember.